

Begrüßung Thomas Fuchs, Direktor der Medienanstalt Hamburg/Schleswig-Holstein (MA HSH) anlässlich des Sommerlichen Empfangs der MA HSH am 13. August 2019 im Park Café Schöne Aussichten in Hamburg

Sehr geehrte Abgeordnete des Deutschen Bundestags,
der Hamburgischen Bürgerschaft und des Schleswig-Holsteinischen Landtags,

sehr geehrte Frau Senatorin Stapelfeldt,
sehr geehrter Herr Senator Brosda,

meine sehr verehrten Damen und Herren,

ich freue mich, dass Sie alle zu uns gekommen sind,
und begrüße Sie - auch im Namen des Medienrats der MA HSH - herzlich zum diesjährigen Sommerlichen Empfang.

Genau rechtzeitig ist eine kleine [Infobroschüre](#) der MA HSH fertig geworden, in der wir in Form von Fragen und Antworten beschreiben, was eine Medienanstalt heutzutage eigentlich tut.

Eine Frage ist: „Wie passen Meinungsfreiheit und das Löschen von Facebook-Posts zusammen?“ In der Antwort wird zunächst auf Artikel 5 GG verwiesen, in dem es heißt: „Jeder hat das Recht seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten“. Aber dieses Recht kann nur in Anspruch genommen werden, solange eine Meinungsäußerung nicht gegen die Gesetze verstößt. Sie darf niemanden beleidigen, diskriminieren oder auf andere Weise schädigen. Und weil es so wichtig ist, mit jedem Menschen respektvoll umzugehen, steht im ersten Artikel des Grundgesetzes: „Die Würde des Menschen ist unantastbar.“

Meine Damen und Herren, Sie merken ich bin beim Thema Kommunikationskultur im Netz angelangt, oder genauer bei Hass oder Hatespeech auf Plattformen und in Netzwerken. Ein Thema, bei dem wir wohl alle hier im Raum uns schnell einig sind, dass wir Hass im Netz ablehnen und für gefährlich halten. Aber mein Eindruck ist auch, dass sich ein gewisser Fatalismus verbreitet, dass viele meinen, den Hass halt aushalten zu müssen und so viel nicht gegen ihn tun zu können. Dass der Stammtisch, den es doch schon immer gab, im Netz nun einfach sichtbarer würde.

Ich möchte deshalb auch heute dafür werben, Hassrede im Netz nicht für etwas zu halten, das man in einer freien Gesellschaft in Kauf nehmen muss, sondern als das anzusehen, was sie ist - eine große Herausforderung für die Demokratie und die demokrati-

sche Kultur in unserem Land. Beim Kampf gegen Hasskommentare im Internet geht es nicht um Stil und Geschmacksfragen oder um persönliche Empfindlichkeit. Es geht um den Schutz von Diskriminierten und Angegriffenen und darum, ob Plattformen wie Twitter, Facebook und YouTube Orte der freien Kommunikation sind und bleiben können. Und letztlich darum, die Grenzen des Sagbaren nicht aufzuweichen, die im Rechtsstaat durch die Strafgesetze, etwa gegen Volksverhetzung, definiert sind.

Letzte Woche hat der deutsche Richterbund deswegen schärfere gesetzliche Vorgaben für die internationalen Plattformen gefordert. Für eine konsequente Strafverfolgung von Hass, Hetze und Bedrohung im Internet brauche es insbesondere die Verpflichtung der Plattformen, die Daten eines Nutzers bei Verdacht auf Straftaten herauszugeben. Es bestehe (Zitat) „eine

faktische Strafbarkeitslücke bei Straftaten, die im Netz unter Pseudonym begangen werden“. Ich halte den Befund und die Forderung für richtig. Denn nochmal: Es geht um Straftaten - und zwar ausschließlich um diese. Wir melden keine kritischen, grenzwertig formulierten Inhalte, sondern nur strafrechtlich relevante.

Die MA HSH hat in den letzten anderthalb Jahren den Kampf gegen Hass im Internet zu einem Schwerpunktthema ihrer Arbeit gemacht. Wir sind sogenannter Trusted Flagger bei YouTube und Teilnehmerin am Government Reporting Channel bei Facebook bzw. Instagram und melden aus unserer Sicht zu löschende Inhalte auf diesen Plattformen. Unsere Erfahrungen können Sie in unserem [Evaluationsbericht](#) detailliert und mit Zahlen belegt nachlesen. Im Ergebnis gehen Facebook, Twitter und Co. das Thema seit Einführung

des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes konsequenter an, die Löschraten steigen, aber der Zustand ist noch weit davon entfernt, auch nur ansatzweise zufriedenstellend zu sein.

Meine Bitte deswegen heute auch an Sie: Nehmen Sie volksverhetzende, bedrohende und diskriminierende Kommentare auf Plattformen oder in Netzwerken nicht einfach hin. Sie können nämlich handeln: Sie können jeden Kommentar, der Ihnen auffällig erscheint, an die MA HSH schicken. Wir prüfen ihn rechtlich und geben ihn ggf. zur Löschung an die Plattformen weiter. Sie können solche Inhalte auch direkt bei den Sozialen Netzwerken melden. Weil das etwas komplizierter ist, haben wir in einem [Hingucker Special](#) genau erklärt, wie das geht.

Wobei: Die Erfolgsquoten sind höher, wenn wir melden.

Sie können natürlich Strafanzeige bei der Staatsanwaltschaft stellen. Und Sie können gegenargumentieren, sich in Debatten im Netz einmischen. Initiativen wie „Ich bin hier“ setzen sich für Widerrede im Netz ein, auch das eine Möglichkeit, Hasskommentare nicht unwidersprochen stehen zu lassen. Medienunternehmen müssen ihre Kommentarfunktionen aktiv moderieren, auch wenn das aufwändig ist und Geld kostet.

Und natürlich sind Polizei und Staatsanwaltschaften in der Verantwortung, viel mehr zu tun, vor allem Verfahren nicht zu schnell einzustellen. Mit dem Projekt „Verfolgen statt nur Löschen“ wollen wir in diesem Herbst Medienhäuser und Staatsanwaltschaften noch besser zusammenbringen, um eine effektivere Strafverfolgung zu ermöglichen.

Jedenfalls sind Gleichgültigkeit oder Fatalismus keine Optionen.

Meine Damen und Herren,
dies soll heute kein monothematischer Abend werden! Wir sind natürlich auch weiter für jede Form der kommerziellen Kommunikation zuständig. Wir weisen YouTuber oder Influencerinnen auf Instagram auf Werbeerstöße hin. Von Rezo über Flying Uwe und Montana Black bis Cathy Hummels haben wir viele neue Freunde gefunden.

Wir gucken auch „Die Geissens“ auf RTL 2 und gehen gegen Schleichwerbung vor, wenn Vater Geissen dort mal wieder Werbung für seine Modemarke macht.

Und am Schluss unsere wichtigste Aufgabe: Wir vergeben knappe Rundfunk-Ressourcen. Das ist im Zeitalter

der digitalen Übertragungswege vor allem die klassische UKW-Frequenz, über die noch immer mit Abstand die meisten Menschen Radio hören, nämlich über 80 Prozent. Das erste Mal seit 30 Jahren hat die MA HSH quasi das gesamte UKW-Spektrum Hamburgs am Stück ausgeschrieben. Wir freuen uns über die vielen und sehr spannenden Bewerbungen, die zeigen, wie lebendig und innovativ das Medium Radio ist. Ich begrüße die vielen Radiomacher und deren Gesellschafter deswegen heute Abend besonders herzlich. Ende des Monats finden die Anhörungen vor dem Medienrat der MA HSH statt, dann wird es etwas förmlicher als heute ...

Wir sorgen also für Vielfalt im Radio und versuchen, die Vielfalt im Netz zu schützen.

Für Vielfalt auf dem Buffet hier in den Schönen Ausichten sorgt heute der Blaue Hummer - und mit dieser mittelmäßig gelungenen Überleitung darf ich mich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken, Ihnen einen guten Appetit und einen zauberhaften Abend wünschen. Vielen Dank.